Die EU und die OSZE

Wolfgang Zellner

Die Aktivitäten der OSZE lassen sich in zwei deutlich getrennte Phasen einteilen: Politische Routine bis Anfang 2014, und eine zentrale, für die OSZE außergewöhnliche Rolle in der Ukrainekrise, insbesondere ab dem 21. März 2014, dem Tag der Beschlussfassung über die Einsetzung einer Sonderbeobachtungsmission (Special Monitoring Mission, SMM) in der Ukraine. Die Frage ist nun, ob Letzteres eine Episode bleiben oder ob das Engagement der OSZE im Ukrainekonflikt zu einer dauerhafteren Aufwertung der Organisation führen wird.

2013 stellte die Ukraine den OSZE-Vorsitz, 2014 folgte die Schweiz. Die Tatsache, dass das Treffen des OSZE-Ministerrats am 5./6. Dezember 2013 in Kiew stattfand, bedeutete nicht, dass die Ukraineproblematik dort im Mittelpunkt gestanden hätte. Zudem hielt der ukrainische Vorsitz das Thema aus der Agenda der Organisation heraus. Zwar wurden die Proteste in vielen Reden erwähnt und manche Minister ließen sich auf dem Maidan sehen, um ihre Solidarität zu bekunden. Aber in der Beschlussfassung des Treffens schlug sich das Thema Ukraine, das zu diesem Zeitpunkt noch als ausschließlich innenpolitische Angelegenheit der Ukraine angesehen wurde, nicht nieder. So verabschiedete der Ministerrat zwei Erklärungen zu Moldau und Berg-Karabach und fasste Beschlüsse zu transnationalen Problemen (Grenzüberschreitende Bedrohungen, Menschenhandel) und solchen Fragen der menschlichen Dimension, auf die man sich einigen konnte (Sinti und Roma, Glaubens- und Religionsfreiheit). Auch eine nicht besonders inhaltsreiche Erklärung zum „Helsinki+40"-Prozess, dem aktuellen informellen Diskussionsprozess innerhalb der OSZE, wurde angenommen. Bei den Personalia hatte man sich bereits im August 2013 auf eine neue Hohe Kommissarin für Nationale Minderheiten verständigen können, die ehemalige finnische Ministerin Astrid Thors. In einem wesentlich konfliktträchtigeren Umfeld einigte man sich im Mai 2014 auf Michael Georg Link, ehemals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, als neuen Direktor des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und verlängerte die Amtszeit von OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier um weitere drei Jahre. Der Haushalt 2014 der OSZE wurde erst am 22. Mai angenommen, ein neuer Verspätungsrekord. Dennoch zeigen Haushalt und Personalia, dass sich die Staaten in der OSZE trotz schärfster Polemiken – und spätestens ab Februar war das politische Klima in der OSZE extrem angespannt – durchaus pragmatisch einigen können. Im Folgenden werden zunächst die Routineoperationen der OSZE und daran anschließend ihre außergewöhnliche Rolle im Ukrainekonflikt dargestellt.

Rüstungskontrolle und Sicherheitsdialog

Während bestimmte Segmente europäischer Rüstungskontrolle in den Kompetenzbereich der OSZE fallen, insbesondere das Wiener Dokument 2011 (WD 11) über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, finden andere Bereiche lediglich unter der „Schirmherrschaft" der OSZE statt, so der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) mit 30 und der Vertrag über den Offenen Himmel mit 34 Vertragsstaaten. Der dringende Reformbereich sowohl beim Wiener Dokument als auch beim KSE-Vertrag

konnte 2013/2014 nicht adressiert werden. Lediglich die NATO fuhr in ihrer *High Level Task Force* mit ihren Bemühungen fort, einen neuen Verhandlungsansatz für konventionelle Rüstungskontrolle zu erarbeiten und setzte diese Arbeiten auch während der Ukrainekrise nicht aus. Währenddessen konzentrierte sich die Arbeit des wöchentlich tagenden OSZE-Forums für Sicherheitszusammenarbeit auf Implementierungsfragen und Sicherheitsdialog, ab Februar/März 2014 zunehmend auf das Thema Ukraine.

Regionalkonflikte

Die Aktivitäten der OSZE bei der Regulierung der Regionalkonflikte in Moldau, Georgien und zwischen Armenien und Aserbaidschan beschränkten sich im Wesentlichen auf die Fortführung des Dialogs in den vereinbarten Standardformaten, ergänzt durch gelegentliche Gipfeltreffen und hochrangige Konferenzen.

Die Verhandlungen über die Regelung des Transnistrienkonflikts im Format 5 + 2 (Moldau, Transnistrien, die OSZE, Russland und die Ukraine plus die EU und die USA) wurden fortgeführt. Auf sechs Treffen zwischen Juli 2013 und Juni 2014 besprachen die Unterhändler im Wesentlichen praktische Alltagsfragen und vertrauensbildende Maßnahmen, etwa Fragen der Reisefreiheit und von Sozialleistungen. Dabei wurden immer wieder kleinere Erfolge erzielt: Im September 2013 etwa einigten sich die Seiten auf einem Gipfeltreffen auf die Wiederaufnahme des Bahnfrachtverkehrs, zwei Monate zuvor hatte man einen Aktionsplan zu Umweltfragen verabschiedet. Grundsätzliche bzw. Statusfragen wurden, soweit bekannt, nicht erörtert.

Bei den Genfer Internationalen Gesprächen, bei denen Vertreter Georgiens und der Entitäten Abchasien und Südossetien unter der Vermittlung der VN, der OSZE und der EU über die Lösung ihres Konflikts verhandeln, wurden Substanzfragen ebenfalls nicht angesprochen. Vielmehr beschränkten sich die Gespräche auf die Aufrechterhaltung des so genannten *Incident Prevention and Response Mechanism*, in dessen Rahmen vor Ort in dem Dorf Ergneti monatlich Gespräche zu praktischen Fragen wie Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Zugang zu Feldern, Kirchen und Friedhöfen stattfinden.

Im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach beschränkten sich der OSZE-Vorsitz und die Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe – Frankreich, Russland und die USA – darauf, die beiden Seiten zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu ermuntern. Erkennbare Fortschritte wurden dabei nicht erzielt, auch nicht auf einem armenisch-aserischen Gipfeltreffen im November 2013.

Während die Konflikte in Georgien und Moldau derzeit vergleichsweise wenig Eskalationspotential aufweisen, was sich im Gefolge der Ukrainekrise jedoch schnell ändern könnte, stellt der Berg-Karabach-Konflikt eines der brisantesten Konfliktpotentiale Europas dar. Ein Krieg dort würde wahrscheinlich die Regionalmächte Russland und die Türkei einbeziehen und fände zudem in der Nachbarschaft zum Iran statt.

Menschliche Dimension

Im Berichtszeitraum führte die OSZE 13 Wahlbeobachtungsmissionen durch, ihre sichtbarste und bekannteste Aktivität in der menschlichen Dimension. Diese fanden nicht nur in postsowjetischen Staaten wie Aserbaidschan, Georgien, Tadschikistan, Turkmenistan und der Ukraine statt, sondern auch in westlichen Staaten wie Deutschland, Österreich, Norwegen und Ungarn, und solchen, die in westliche Integrationsorganisationen streben wie Serbien. Zudem veranstaltete die OSZE eine Reihe von Konferenzen zu Fragen der menschlichen Dimension, am prominentesten das *Human Dimension Implementation Meeting*, das

vom 23. September bis 4. Oktober 2013 in Warschau stattfand und mit 1.134 Teilnehmer/innen das größte Treffen seiner Art in Europa darstellt. Ergänzt wurde es im Berichtszeitraum durch drei *Supplementary Human Dimension Meetings* zu den Themen „The Rule of Law in the Promotion and Protection of Human Rights", „The Implementation of the Action Plan on Improving the Situation of Roma and Sinti" und „Prevention of Torture" sowie ein *Human Dimension Seminar* zum Thema „Improving OSCE Effectiveness by Enhancing Its Co-operation with Relevant Regional and International Organizations". Die Fülle dieser mit 150 bis über 200 Teilnehmer/innen durchaus gut besuchten Veranstaltungen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sehr schwer geworden ist, sich auf Themen und Tagesordnungen zu einigen. Die Verhandlungen darüber dauern Monate und verbrauchen mehr Zeit als die eigentliche Vorbereitung der Veranstaltungen. Versuche, diesen komplizierten Entscheidungsprozess zu vereinfachen, waren bereits im Vorfeld des Dubliner Treffens des OSZE-Ministerrats 2012 gescheitert.

Der Helsinki+40-Prozess

Seit gut einem Jahrzehnt finden in der OSZE unter wechselnden Bezeichnungen Reformdebatten statt, ein sicherer Indikator für tiefergehende und weiter wachsende Differenzen zwischen den Teilnehmerstaaten. Die aktuelle Version dieser Diskussionsformate war unter der Bezeichnung „Helsinki+40" auf dem Dubliner Treffen des Ministerrates 2012 verabschiedet worden. Die Bedeutung dieser Debatten besteht weniger in der Vorbereitung grundlegender Beschlüsse, sondern darin, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Auf dem Kiewer Treffen des Ministerrates 2013 bestätigten die Staaten ihre Verpflichtung, „die Arbeit an der Verwirklichung der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft durch einen starken und stetigen politischen Anstoß weiterzuentwickeln, und zur weiteren Verstärkung unserer Zusammenarbeit in der OSZE auf dem Weg in das Jahr 2015, in dem wir den 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki begehen werden." Auf sehr viel Konkreteres konnte man sich indes nicht einigen, zu unterschiedlich waren die Ansichten über die Bedeutung des Helsinki+40-Prozesses, dem insbesondere die USA wenig Gewicht beimessen. Anfang 2014 wurden nach Beratungen mit dem Schweizer OSZE-Vorsitz acht Arbeitsgruppen eingerichtet, die das Arbeitsspektrum der OSZE abdecken, jede geleitet vom OSZE-Botschafter eines Staates. Die Arbeit begann jedoch zögerlich, in manchen Arbeitsgruppen gar nicht. Nach dem Aufkommen des Ukrainethemas wurde zudem die Frage laut, ob man mit Helsinki+40 überhaupt fortfahren solle. Größere Veranstaltungen fanden nun häufiger unter Einbeziehung der Track II-Ebene des *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* statt, einer informellen Vereinigung von rund 40 wissenschaftlichen Einrichtungen aus mehr als 30 OSZE-Staaten, das 2013 gegründet worden war. So präsentierte das OSZE-Netzwerk am 29. April 2014 im Rahmen einer Helsinki+40-Veranstaltung eine von 20 Instituten erarbeitet Studie zum Thema „Threat Perceptions in the OSCE Area",[1] am 27. Juni diskutierten die OSZE-Delegationen mit Vertretern von 17 Netzwerk-Instituten das Thema „The Future of OSCE Field Operations (Options)". Diese Vorgänge verweisen zum einen auf die wachsende Offenheit der OSZE für neue Track I/Track II-Kooperationsformate, zum anderen auf die auch von westlichen Staaten unterschiedlich beantwortete Frage, ob man angesichts der Vorgänge in der

1 OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions: Threat Perceptions in the OSCE Area, Vienna 2014, einsehbar unter: www.osce-network.net.

Ukraine den politischen Dialog mit Russland fortführen, so die Präferenz der meisten EU-Staaten, oder auf das Notwendigste beschränken solle, so die US-Position.

Die Aktivitäten der OSZE in und zur Ukraine

Im Januar 2014 eskalierte die Situation in Kiew ernsthaft, es gab Tote und Verletzte. Der neue OSZE-Vorsitzende, der Schweizer Präsident und Außenminister Didier Burkhalter, appellierte an alle Seiten, Zurückhaltung zu wahren. In einem Gespräch in Sotschi am Rande der Winterolympiade Anfang Februar 2014 versuchte Burkhalter den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch für eine OSZE-Vermittlung zu gewinnen, doch ohne Erfolg. Die OSZE kam erst zum Zuge, nachdem Janukowitsch am 21. Februar unmittelbar nach dem von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens vermittelten Abkommen mit der Opposition aus Kiew floh. Damit begann ein Wettlauf zwischen der weiteren Eskalation des Konflikts und diesen einhegenden diplomatisch-politischen Schritten, der zum Redaktionsschluss dieses Beitrages Ende Juni 2014 noch offen war.

Am 24. Februar 2014 ernannte Burkhalter den Schweizer Botschafter in Deutschland, Tim Guldimann, zum Persönlichen Beauftragten für die Ukraine. Ebenso wie die OSZE-Beauftragte für die Medienfreiheit, Dunja Mijatovic, reiste Guldimann zusammen mit der Hohen Kommissarin Thors in die Ukraine und auf die Krim, wo Russland sehr rasch begonnen hatte, Vorbereitungen für deren Annexion zu treffen. Ferner sandte Burkhalter ein OSZE-Team nach Kiew zur Bedarfsanalyse und schlug eine internationale Kontaktgruppe zur Ukraine vor. Bald darauf überschlugen sich die Ereignisse auf der Krim: Dem Referendum am 16. März folgte zwei Tage später Präsident Wladimir Putins Ankündigung, die Krim zu annektieren, für Burkhalter ein Bruch fundamentaler OSZE-Verpflichtungen unvereinbar mit internationalem Recht. Damit ging auch das Ringen um die Einsetzung einer OSZE-Mission in die Schlussphase, die am 21. März mit der Verabschiedung des Mandats der OSZE-Sonderbeobachtungsmission endete. Alternativ dazu war auch eine EU-Mission diskutiert worden. Von entscheidender Bedeutung war die deutsche Haltung, die mit dem Argument für die OSZE-Mission warb, dass deren Akzeptanz in der Süd- und Ostukraine höher sei als die einer EU-Mission. Am 17. April konkretisierte sich die Schweizer Idee einer Kontaktgruppe dergestalt, dass sich Vertreter der EU, der USA, der Ukraine und Russland in Genf trafen und eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten, die einen Gewaltverzicht, die Entwaffnung aller illegalen bewaffneten Gruppen, die Räumung aller Gebäude und Plätze, eine Amnestie, die Rückkehr zu einem verfassungsgemäßen Prozess und die Einleitung eines breiten nationalen Dialogs forderte. Die OSZE-Mission sollte eine „führende Rolle“ bei der Unterstützung der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung dieser Maßnahmen spielen. Auf dieser Grundlage schlug Präsident Burkhalter Anfang Mai 2014 eine Roadmap mit den Hauptelementen Zurückdrängung der Gewalt, Abrüstung, nationaler Dialog und Wahlen vor, welche die Zustimmung aller relevanten Seiten erfuhr. Neben dem weiteren Aufbau der Beobachtungsmission lag der Schwerpunkt im Mai 2014 auf der Absicherung der Präsidentenwahlen am 25. Mai 2014 durch eine 1.000-köpfige OSZE-Wahlbeobachtungsmission und der Initiierung eines nationalen Runden Tisches, der mit Treffen am 14., 17. und 21. Mai seine Arbeit begann und von Botschafter Wolfgang Ischinger, früher Staatssekretär im Auswärtigen Amt, ko-moderiert wurde. Am Rande seiner Amtseinführung als neugewählter ukrainischer Präsident am 7. Juni 2014 traf sich Petro Poroschenko mit Präsident Burkhalter, um Fragen der weiteren Unterstützung durch die OSZE einschließlich einer Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtungsmission über den September hinaus zu besprechen. Am Tag darauf begrüßte Burkhalter die Bereitschaft

Poroschenkos zu Gesprächen mit der russischen Regierung und ernannte die Schweizer Botschafterin Heidi Tagliavini zur Begleiterin dieser Gespräche, die im Rahmen einer dreiseitigen Kontaktgruppe geführt wurden. Vor einer abschließenden Bewertung dieser Aktivitäten sollen sie im Einzelnen beschrieben werden.

Die OSZE-Sonderbeobachtungsmission wurde am 21. März mandatiert, Informationen über die Sicherheitslage im Einsatzgebiet (10 Städte/Regionen in der West- und Ostukraine) zu sammeln, über Vorfälle zu berichten und mit „lokalen, regionalen und nationalen Behörden, der Zivilgesellschaft, ethnischen und religiösen Gruppen und der örtlichen Bevölkerung Kontakt aufzunehmen" (OSZE, Ständiger Rat, Beschluss 1117). Die Mission ist für sechs Monate mandatiert und kann von anfänglich 100 zivilen Beobachtern auf 500 aufgestockt werden. Missionsleiter (Chief Monitor) ist der türkische Botschafter Ertogrül Apakan, seine beiden Stellvertreter Mark Etherington undAlexander Hug kommen aus Großbritannien und der Schweiz. Ende Mai bestand die Mission aus 325 Personen, davon 225 Beobachter aus 41 OSZE-Staaten, darunter auch Russland. Die Mission erarbeitet kurze faktenorientierte Berichte, die einen guten Überblick über die Lage geben und mit einem Tag Verzögerung auf der OSZE-Website veröffentlicht werden. Sie nimmt auch Kontakt mit Behörden, Polizei, NGO und Anderen auf.[2] Am 26. bzw. 29. Mai wurden zwei Teams der Mission mit vier bzw. fünf Beobachtern entführt, die Ende Juni wieder frei kamen.

Die OSZE-Wahlbeobachtungsmission wurde auf Einladung der Ukraine tätig, um die Präsidentenwahlen am 25. Mai zu beobachten. Sie bestand aus 100 Langzeit- und 900 Kurzzeitbeobachtern, dazu kamen etwa 200 Parlamentarier der Parlamentarischen Versammlungen von OSZE, Europarat und NATO; alle zusammen bildeten die Internationale Wahlbeobachtungsmission. Ungeachtet der Tatsache, dass die Wahl in den beiden Oblasten Donezk und Lugansk kaum durchgeführt werden konnte, bekam sie insgesamt in dem von der Internationalen Wahlbeobachtungsmission am 26. Mai veröffentlichten Preliminary Statement eine durchweg positive Würdigung: „The 25 May early presidential election in Ukraine was characterized by high voter turnout and the clear resolve of the authorities to hold what was a genuine election largely in line with international commitments and with respect for fundamental freedoms in the vast majority of the country."[3] Auch wenn Russland das Ergebnis der Wahl zu Anfang nicht formell anerkennen wollte, steht deren Legitimität außer Frage.

Um militärische Transparenz und Verifikation zu erreichen, wurden verschiedene Bestimmungen des WD 11 angewendet. Dies betraf zum einen die „Freiwillige Veranstaltung von Besuchen zur Beseitigung von Besorgnissen über militärische Aktivitäten" (WD 11, Kap. III, Abs. 18). Zu einem solchen Besuch auf die Krim hatte die Ukraine vom 5.-12. März 2014 56 unbewaffnete Militärbeobachter aus 30 OSZE-Staaten eingeladen. Der Beobachtermission wurde allerdings der Zugang zur Krim verwehrt. Zweitens lösten Estland, Kanada, die USA und die Ukraine den „Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten" (WD 11, Kap. III, Abs. 16) aus, der die Möglichkeit bietet, um Auskunft über bestimmte militärische Aktivitäten – hier der russischen Streitkräfte in der Nähe der ukrainischen Grenze – zu ersuchen und Treffen zur Diskussion anzusetzen. Solche Treffen des FSK und des Ständigen Rates fanden am 7., 17. und 30. April statt. Drittens führten eine Reihe von Staaten elf Verifikationsaktivitäten in der Ukraine und fünf in Russland durch. Im April wurden die Mitglieder einer Beobach-

2 OSCE: OSCE response to the crisis in Ukraine. As of 29 May 2014, einsehbar unter: www.osce.org.
3 International Election Observation Mission, Ukraine – Early Presidential Election, 25 May 2014, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, www.osce.org/odihr/elections/ukraine/119078?download=true.

termission entführt, ihre Freilassung erforderte umfangreiche Anstrengungen. Auch Luftinspektionen nach dem Vertrag über den Offenen Himmel wurden zur Verifizierung russischer Streitkräfte in der Nähe der Ukraine genutzt.

Zukunftsperspektiven: Dauerhafte Aufwertung oder vorübergehendes Phänomen

In der Ukrainekrise hat die OSZE eine herausgehobene politische Rolle gespielt, die ihr kaum jemand zugetraut hätte. Die Frage ist nun, warum dies der Fall war und ob diese Entwicklung nachhaltiger Natur ist.

Eine Reihe von politischen und operativen Faktoren hat zu der prominenten Rolle der OSZE in der Ukraine beigetragen. Erstens verfügt die OSZE über die notwendigen Instrumente zur Krisenregulierung und weiß sie flexibel und schnell einzusetzen. Die SMM ist ein bedarfsgerecht zugeschnittener neuer Typ von Feldoperation, den es so noch nie gab. Die Vorausgruppe der SMM begann am Morgen des 22. März in Kiew mit der Arbeit, nachdem erst am Vortag gegen 20.00 Uhr der Beschluss zur Einsetzung der Mission gefasst worden war. Zweitens ist die OSZE und damit die SMM eine inklusive Veranstaltung, die Russland einschließt, was gerade in der Ostukraine für ihre Akzeptanz von ausschlaggebender Bedeutung war. Eine EU-Mission hätte es dort sehr schwer gehabt, wenn sie überhaupt einsetzbar gewesen wäre. Drittens verfügt die OSZE 2014 mit der Schweiz in politischer wie organisatorischer Hinsicht über ein ungewöhnlich leistungsfähiges Vorsitzland. Das Vorsitz-Team ist groß und qualifiziert, es finden sich auch für außergewöhnliche Aufgaben geeignete Personen. Zudem verfügt die Schweiz als neutrales Land über viel Kredit als Vermittler. Und viertens haben andere OSZE-Staaten das Wirken des Schweizer Vorsitzes nachhaltig unterstützt. Das trifft insbesondere auf Deutschland zu. Weithin unbestritten ist, dass es die SMM ohne das nachdrückliche Eintreten Deutschlands und insbesondere von Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht gegeben hätte.

Wie nachhaltig diese neue prominente Rolle der OSZE ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Eine Denkrichtung besagt, dass die neue Rolle der OSZE vorübergehender Natur sei, da der normative Konsens der Organisation durch Russlands Verhalten schwer beeinträchtigt und die OSZE damit auf Dauer nicht handlungsfähig sei. Dieses Argument hätte aber auch auf die KSZE von 1975 bis in die späten 1980er Jahre zutreffen müssen, wo man auch gemeinsame Prinzipien hatte, sich aber über deren Anwendung nicht verständigen konnte. Dennoch wird der KSZE – zumindest aus heutiger Perspektive – eine nicht geringe Wirkungsmächtigkeit zugeschrieben. Wichtiger scheint die Frage zu sein, inwieweit relevante Staaten von der OSZE Gebrauch machen. In der Ukrainekrise von 2014 war dies offensichtlich der Fall. Ob man die OSZE aber auch künftig braucht, könnte nicht zuletzt davon abhängen, ob man einen institutionellen Kontakt mit Russland aufrecht erhalten will oder nicht. Angesichts des Umstands, dass man Russland aus der G8 entlassen hat und die strategische Kommunikation zwischen Russland und EU und NATO auf ein Minimum reduziert worden ist, könnte die OSZE als eine Plattform nützlich sein, die sowohl Sicherheitsdialog als auch gemeinsames Handeln möglich macht.

Weiterführende Literatur

OSCE, Secretary General, OSCE Annual Report 2013.

Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg / IFSH (Hrsg.), OSCE Yearbook 2013, Baden-Baden 2014.

Die Volltexte aller vom IFSH herausgegebenen OSZE-Jahrbücher sind mit Ausnahme der jeweils jüngsten Ausgabe einsehbar unter: http://www.ifsh.de/core/publications/osce-yearbook.